

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 17/76

Berlin

29. April 1976

43. Jahrgang

*Höglin*

### Die Vermögenseinkünfte der privaten Haushalte 1970 bis 1975

Mit dieser Untersuchung wird die Berichterstattung des DIW über die Einkünfte der privaten Haushalte aus Geldvermögen sowie aus Vermietung und Verpachtung fortgeführt<sup>1</sup>. Analysiert wird die Entwicklung von 1970 bis 1975. Frühere Berechnungen wurden mit dem neuesten Stand der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung<sup>2</sup> abgestimmt.

#### Das Geldvermögen der privaten Haushalte

Ende 1975 besaßen die privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland längerfristige Geldanlagen<sup>3</sup> in Höhe von rund 790 Mrd. DM; je Einwohner errechnet sich ein statistischer Durchschnitt von rund 13 000 DM. Seit 1970 hat damit der gesamte Geldvermögensbestand um mehr als 360 Mrd. DM zugenommen. Allein 1975 betrug die Steigerung gegenüber dem Vorjahr 123 Mrd. DM; dies war doppelt so viel wie im Jahr davor. In diesen Daten kommen u. a. die durch die Steuer- und Kindergeldreform gestärkte Sparfähigkeit breiter Bevölkerungskreise wie auch die in Anbetracht des erhöhten Beschäftigungsrisikos vermehrte Sparneigung zum Ausdruck.

Etwa die Hälfte des Geldvermögens wird nach wie vor in Form von Spareinlagen gehalten. 1975 waren dies fast 378 Mrd. DM, über ein Fünftel mehr als ein Jahr zuvor. Obwohl das übliche Kontensparen schon seit geraumer Zeit keine „Realverzinsung“ erbringt, weil der Spareckzins für Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist jeweils um 1 bis 2 Prozentpunkte unter der Preissteigerungsrate liegt, ist die Geldanlage auf Sparkonten noch immer die bevorzugte

Anlageform von Erst- und Kleinsparern, dient das Sparbuch weiterhin als Liquiditätsreserve und zum Ansparen für größere Aufwendungen. Zum Teil ist der starke Anstieg der Spareinlagen im Jahre 1975 auch mit Umbuchungen von Festgeldern auf Sparkonten zu erklären, da das in den Jahren 1973/74 extrem hoch verzinste Termingeldkonto mit dem Zinsrückgang am Geldmarkt seine Anziehungskraft eingebüßt hat.

Weite Kreise der Bevölkerung wurden durch die staatliche Förderung an das Kontensparen herangeführt. Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe besaß Ende 1973 fast die Hälfte aller privaten Haushalte prämienebegünstigte Sparbücher, und mehr als 90 vH der Arbeitnehmer-Haushalte machten von den Möglichkeiten des Dritten Vermögensbildungsgesetzes (624-DM-Gesetz) Gebrauch, wobei die Sparbeträge – fast immer durch vermögenswirksame Leistungen der Arbeitgeber aufgestockt – in der Mehrzahl der Fälle auf Sparkonten eingezahlt wurden<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Zuletzt: Die Vermögenseinkünfte der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 11/1973.

<sup>2</sup> Vgl. Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1950 bis 1974.

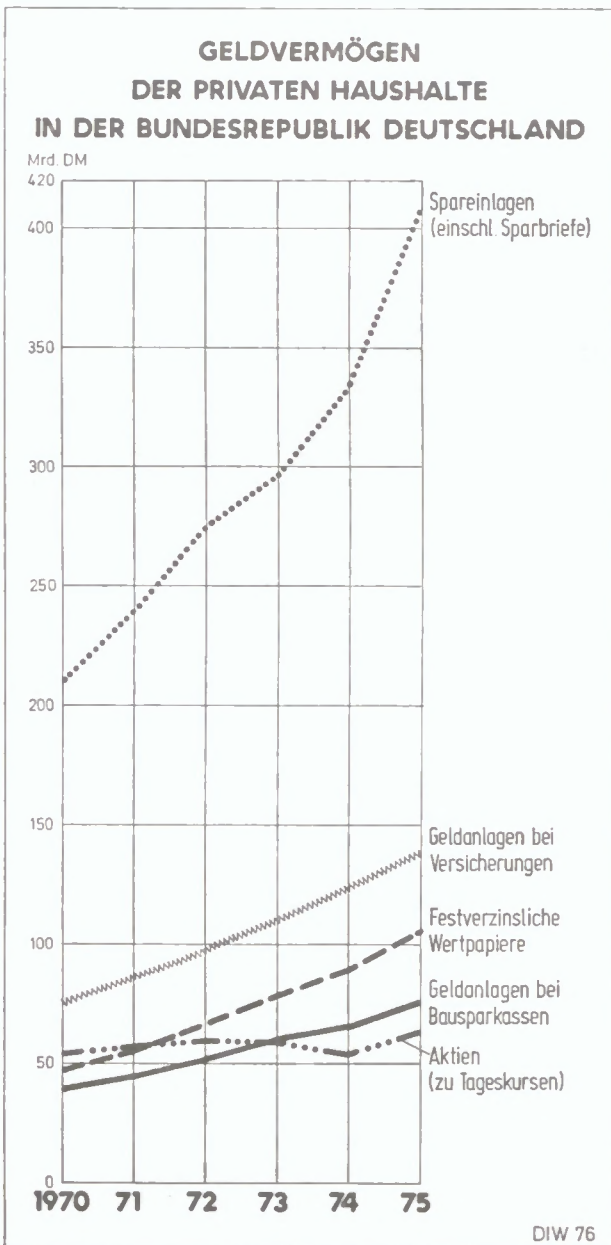
<sup>3</sup> Ohne Bargeld, Sichteinlagen und Termingelder.

<sup>4</sup> Vgl. Manfred Euler: Nutzung der staatlichen Sparförderung durch private Haushalte im Jahre 1973. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 1/1976.

**Geldvermögen<sup>1)</sup> der privaten Haushalte**  
Bestand am Jahresende in Mrd. DM

Jahr	Spar- einlagen	Spar- briefe <sup>2)</sup>	Geldanlagen bei		Wertpapiere davon:			Geld- vermögen
			Bau- sparkassen	Versiche- rungen <sup>3)</sup>	insgesamt	festver- zinslich <sup>4)</sup>	Aktien <sup>5)</sup>	
1960	51,5	—	9,2	22,2	43,6	6,2	37,4	126,5
1965	108,2	—	20,5	42,7	57,4	21,3	36,1	228,8
1970	205,0	5,1	39,6	76,3	100,3	46,8	53,5	426,3
1971	233,0	7,1	45,0	86,3	111,7	54,7	57,0	483,1
1972	264,7	10,5	52,1	97,5	125,3	65,8	59,5	550,1
1973	280,4	15,9	60,6	110,2	137,1	78,2	58,9	604,2
1974	312,1	20,6	66,3	123,9	143,5	89,2	54,3	666,4
1975	377,5	29,3	75,5	138,6	168,4	105,0	63,4	789,3

<sup>1)</sup> Längerfristige Geldanlagen, ohne Bargeld, Sichteinlagen und Termingelder. — <sup>2)</sup> Einschließlich Inhabersparschuldverschreibungen. — <sup>3)</sup> Einschließlich Pensionskassen. — <sup>4)</sup> Einschließlich Geldmarktpapiere. — <sup>5)</sup> Zu Tageskursen.  
Quellen: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1950 bis 1974, Berechnungen des DIW.



Im Zuge der Einkommensteuerreform<sup>5</sup> wurden Anfang 1975 Einkommensgrenzen für die Gewährung von Sparprämien eingeführt; eine Auswirkung dieser Maßnahme auf die private Spartätigkeit läßt die Statistik bisher nicht erkennen.

Großes Interesse hat in der Berichtszeit der Sparbrief gefunden — eine Anlageform, die zwischen dem niedrig verzinsten Sparguthaben und dem kursabhängigen festverzinslichen Wertpapier steht. Beliebt sind vor allem die sogenannten Abzinsungspapiere, bei denen die — im Vergleich zum Sparguthaben hohen — Zinsen nicht regelmäßig ausgeschüttet, sondern mit Zinseszinsen am Ende der Laufzeit ausbezahlt werden. Private Haushalte besaßen 1970 Sparbriefe im Werte von 5 Mrd. DM, 1975 waren es mit 29 Mrd. DM fast sechsmal so viel.

Die Geldanlagen der privaten Haushalte auf Bausparkonten beliefen sich 1975 auf reichlich 75 Mrd. DM; das war fast doppelt so viel wie fünf Jahre zuvor. Nach einer vorübergehenden Abschwächung der Bauspartätigkeit im Jahre 1974 haben die Einlagen 1975 erneut kräftig zugenommen. Obwohl durch die Steuerreform auch einige für das Bausparen geltende Begünstigungen eingeschränkt worden sind, ist die Eigenheimfinanzierung mit zinsgünstigen Bauspardarlehen nach wie vor attraktiv. Daneben schließen private Haushalte in zunehmendem Maße Bausparverträge ab, um mit den zugeteilten Mitteln Altbauten zu modernisieren oder hochverzinsliche Hypotheken abzulösen.

Bei Versicherungen hatten die privaten Haushalte Ende 1975 Guthaben von knapp 139 Mrd. DM. An erster Stelle stehen Lebensversicherungen, die weiterhin eine wichtige Form der Altersvorsorge darstellen, auch nachdem vor einigen Jahren weiteren Bevölkerungskreisen (Selbständige, Landwirte, Haus-

<sup>5</sup> Einkommensteuerreformgesetz vom 5. August 1974 (BGBl. I S. 1769).

frauen) der Zugang zur gesetzlichen Rentenversicherung ermöglicht worden war. Arbeitnehmern mit höheren Einkommen gestattet der Abschluß einer Lebensversicherung, neben der finanziellen Sicherung der Familie für den Todesfall, sich Ansprüche für den Lebensabend zu sichern, die über das Rentenniveau der Sozialversicherung hinausgehen. Die Versicherungsunternehmen erzielen aus ihren Vermögensanlagen beträchtliche Erträge, die sie fast vollständig an die Versicherten weitergeben. Die Versicherungsprämien können als Vorsorgeaufwendungen vom steuerpflichtigen Einkommen abgesetzt werden; durch die Steuerreform sind die hierfür geltenden Höchstbeträge spürbar angehoben worden.

Der Bestand privater Haushalte an festverzinslichen Wertpapieren ist — zum Nominalwert — in der Berichtszeit von 47 Mrd. (1970) auf 105 Mrd. DM (1975) gestiegen, hat sich damit in fünf Jahren also mehr als verdoppelt. Diese Form der Geldanlage sichert eine hohe Rendite bei zumeist nur geringen Kursschwankungen. Die Vielfalt der angebotenen Laufzeiten kommt individuellen Sparmodalitäten entgegen. Weit überdurchschnittlich, von 0,6 Mrd. (1970) auf knapp 10 Mrd. DM (1975), hat sich dabei der Absatz spezieller Schuldtitel der öffentlichen Hand, der Bundesschatzbriefe, erhöht. Diese Papiere weisen keinerlei Kursrisiko auf, sind mit jährlich steigenden Zinssätzen ausgestattet und können schon nach Ablauf eines Jahres wieder eingelöst werden.

Der im Eigentum privater Haushalte befindliche Aktienbestand hat im Gegensatz zu allen anderen Anlageformen kaum zugenommen. Infolge wiederholten Kursverfalls und vergleichsweise geringer Rendite ließ das Interesse privater Anleger an dieser Form der Geldvermögensbildung spürbar nach<sup>6</sup>. Im

Jahre 1975 gab es freilich, nachdem die Deutsche Bundesbank ihre Kreditrestriktionen gelockert hatte und eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivität zu erwarten war, eine Erholung der Aktienkurse. Zu Tageskursen bewertet, ist der Aktienbesitz der privaten Haushalte am Ende des vergangenen Jahres mit reichlich 63 Mrd. DM anzusetzen.

### Einkünfte aus Geldvermögen

Aus ihrem Geldvermögen fließen den privaten Haushalten erhebliche Einkünfte zu. Sie beliefen sich 1975 auf 38 Mrd. DM<sup>7</sup>; das waren 17 Mrd. DM mehr als 1970. Nach den Hochzinsjahren 1973 und 1974 haben die Einkünfte aus Geldvermögen 1975 nur schwach zugenommen.

Die Zinsgutschriften auf Spareinlagen machten (zusammen mit den Zinsen auf Sparbriefe) jeweils rund die Hälfte der gesamten Geldvermögenserträge aus. 1974, als längerfristige Spareinlagen bis zu 9% p. a. erbrachten, wurden Kontensparern und Sparbriefinhabern 20 Mrd. DM, 1975 fast 19 Mrd. DM an Zinsen gutgeschrieben. Auf Bausparguthaben entfielen 1975 etwa 2 Mrd. DM Zinsgutschriften (1970: 1 Mrd. DM). Bei der vergleichsweise geringen Verzinsung der Bauspareinlagen sei daran erinnert, daß Bausparer in erster Linie an zinsgünstigen Darlehen, weniger aber an der Rendite ihrer angesparten Gel-

<sup>6</sup> Vgl. Wertpapierbestände privater Haushalte am Jahresende 1973. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1975.

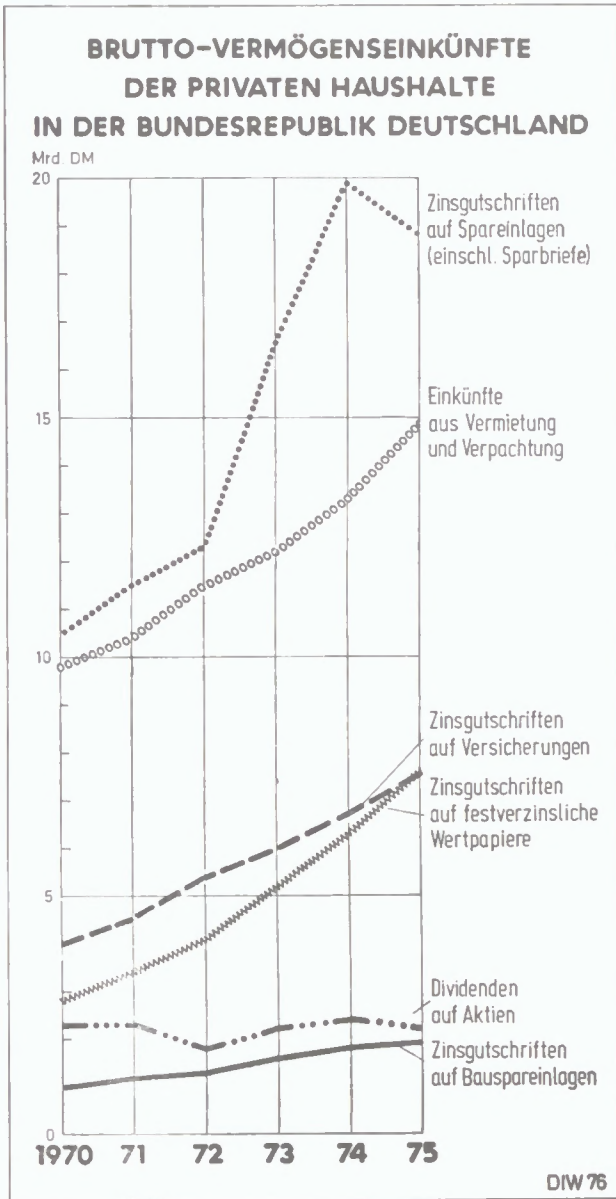
<sup>7</sup> Ohne Spar- und Wohnungsbauprämien, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht als Vermögenseinkünfte, sondern als Vermögensübertragungen behandelt werden. 1975 wendete der Staat für Spar- und Wohnungsbauprämien 4 Mrd. DM auf.

**Vermögenseinkünfte der privaten Haushalte**  
in Mrd. DM

Jahr	Zinsgutschriften auf				Dividenden auf Aktien	Einkünfte aus Geldvermögen	Einkünfte aus Vermietung und Verpacht. <sup>4)</sup>	Brutto-Einkünfte aus Vermögen	Netto-Einkünfte aus Vermögen
	Spar-einlagen <sup>1)</sup>	Bau-spareinlagen	Versiche-rungen <sup>2)</sup>	festver-zinsliche Wertpapiere <sup>3)</sup>					
1960	1,6	0,2	1,1	0,4	0,7	4,0	1,9	5,9	5,1
1965	3,7	0,5	2,0	1,3	1,4	8,9	4,4	13,3	11,5
1970	10,5	1,0	4,0	2,8	2,3	20,6	9,8	30,4	26,6
1971	11,5	1,2	4,5	3,4	2,3	22,9	10,4	33,3	29,2
1972	12,3	1,3	5,3	4,1	1,8	24,8	11,5	36,3	32,0
1973	16,6	1,6	6,0	5,2	2,2	31,6	12,2	43,8	38,7
1974	19,9	1,8	6,7	6,3	2,4	37,1	13,3	50,4	44,5
1975	18,8	1,9	7,5	7,6	2,2	38,0	14,9	52,9	46,6

<sup>1)</sup> Einschließlich Sparbriefe und Inhabersparschuldverschreibungen. — <sup>2)</sup> Verzinsung der Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen abzüglich ausgewiesener Kursgewinne und -verluste. — <sup>3)</sup> Einschließlich Geldmarktpapiere. — <sup>4)</sup> Einschließlich kalkulatorischer Einkünfte aus der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Quelle: Berechnungen des DIW nach Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes.



der interessiert sind. Außerdem können Bausparer unter bestimmten Voraussetzungen Wohnungsbauprämien in Anspruch nehmen oder ihre Bausparaufwendungen als Sonderausgaben steuermindernd geltend machen.

Die Zinsen auf Versicherungen werden üblicherweise erst bei Fristablauf zusammen mit der Versicherungssumme ausgezahlt. Im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden die Zinserträge, die privaten Haushalten aufgrund von Versicherungsverträgen zuzurechnen sind, periodengerecht dargestellt. Im Jahre 1975 sind diese mit 7,5 Mrd. DM anzusetzen; sie waren damit fast doppelt so hoch wie 1970.

Die Erträge, die private Haushalte aus festverzinslichen Wertpapieren erzielten, beliefen sich 1975 auf reichlich 7 Mrd. DM; das war fast dreimal so viel wie 1970.

Auf die wenig attraktive Aktienrendite wurde bereits hingewiesen. Die von privaten Haushalten bezogene Dividendensumme bewegte sich während der Berichtszeit in der Größenordnung von jährlich 2 Mrd. DM.

Im Durchschnitt hat sich das Geldvermögen der privaten Haushalte im Zeitraum 1970 bis 1975 mit knapp 5 vH jährlich verzinzt.

#### Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

Neben den Erträgen aus Geldvermögen sind den privaten Haushalten Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung<sup>8</sup> zuzurechnen. Dabei sind nicht nur tat-

<sup>8</sup> Diese werden im Gegensatz zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung hier nicht als Einkommen aus Unternehmertätigkeit betrachtet, da die Abgabe von Wohnungsnutzung mit „echter“ unternehmerischer Leistung kaum etwas zu tun hat.

#### Berechnung der Einkünfte privater Haushalte aus Vermietung und Verpachtung<sup>1)</sup>

Angaben in Mrd. DM

Jahr	Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt	Abschreibungen <sup>2)</sup>	Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	Wertschöpfung	Anteil der privaten Haushalte an		Einkünfte der privaten Haushalte aus		
					der Wertschöpfung <sup>3)</sup>	geleisteten Zinsen auf Hypothekarkredite <sup>4)</sup>	Wohnungsvermietung	Vermietung gewerbli. Räume <sup>5)</sup>	Vermietung und Verpachtung insgesamt
1960	7,5	2,7	0,9	3,9	2,3	1,0	1,3	0,6	1,9
1965	14,1	4,2	0,7	9,2	5,5	2,0	3,5	0,9	4,4
1970	25,1	6,1	1,0	18,0	10,8	2,9	7,9	1,9	9,8
1971	27,5	6,7	1,4	19,4	11,6	3,3	8,3	2,1	10,4
1972	31,1	7,3	1,7	22,1	13,3	4,0	9,3	2,2	11,5
1973	34,9	8,1	1,9	24,9	14,9	5,0	9,9	2,3	12,2
1974	38,5	8,8	2,0	27,7	16,6	5,8	10,8	2,5	13,3
1975	42,6	9,6	2,2	30,8	18,5	6,3	12,2	2,7	14,9

<sup>1)</sup> Einschließlich kalkulatorischer Einkünfte aus der Nutzung von Eigentümerwohnungen. — <sup>2)</sup> Zu Anschaffungspreisen. — <sup>3)</sup> 60 vH. — <sup>4)</sup> 40 vH der Zinsen auf Hypothekarkredite, nach Abzug unterstellter Bankgebühren. — <sup>5)</sup> Schätzung.

Quelle: Berechnungen des DIW nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes und Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank.

sächlich empfangene Einkommen aus der Vermietung von Wohnungen und gewerblichen Räumen zu berücksichtigen, sondern auch kalkulatorische Einkünfte, die für die Nutzung von Eigentümerwohnungen anzusetzen sind. Mangels anderer statistischer Informationen wurden diese Mieteinkünfte bisher aus dem Beitrag der Wohnungsvermietung zum Bruttoinlandsprodukt abgeleitet. Die Abschreibungen wurden — um die störenden Wirkungen der starken Baupreissteigerungen in der Berichtszeit zu eliminieren — zu Anschaffungspreisen bewertet. Wie bereits früher an dieser Stelle vermerkt, sind die Ergebnisse innerhalb größerer Fehlergrenzen zu werten.

Für das Jahr 1975 sind die gesamten Einkünfte der privaten Haushalte aus Vermietung und Verpachtung mit 15 Mrd. DM anzusetzen. Während diese Einkünfte in früheren Jahren im Zuge der allmählichen Freigabe der Mietpreisbindung sehr stark expandiert hatten, gab es in den Jahren der Berichtszeit eine abgeschwächte Zunahme. Eine Rolle spielten dabei die stark gestiegenen Zinsbelastungen des Eigenheimbesitzes. Denn während Kontensparer und Wertpapiererwerber vom gestiegenen Zinsniveau profitierten, mußten Hypothekenschuldner erhöhte Lasten tragen. Nach dem allgemeinen Zinsrückgang im vergangenen Jahr sind die Mieteinkünfte der privaten Haushalte wieder kräftiger gestiegen.

### Vermögenseinkünfte als Teil des verfügbaren Einkommens

Die Einkünfte, die privaten Haushalten aus Geldvermögen sowie aus Vermietung und Verpachtung zugeflossen sind, beliefen sich 1975 auf 53 Mrd. DM; das war fast doppelt so viel wie 1970. Von diesen Einkünften sind 1975 schätzungsweise 6 Mrd. bis 7 Mrd. DM direkte Steuern gezahlt worden (1970: 4 Mrd. DM), so daß als Netto-Vermögenseinkünfte knapp 47 Mrd. DM (1970: 27 Mrd. DM) verblieben. Die Steuerbelastung lag in der Berichtszeit zwischen 12 und 13 vH.

Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden (7 Mrd. DM) verblieben den privaten Haushalten im vergangenen Jahr Nettovermögenseinkünfte in Höhe von 40 Mrd. DM, d. h. 6 vH mehr als im Vorjahr. Am verfügbaren Einkommen waren die Vermögenseinkünfte, wenn man die Zinsen auf Konsumentenschulden subtrahiert, mit etwa 6 vH beteiligt. Tendenziell hat dieser Anteil nicht unbeträchtlich zugenommen: 1960 hatte er erst etwas mehr als 2 vH betragen.

An den Entnahmen im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung waren die Vermögenseinkünfte 1975 mit rund einem Viertel beteiligt; 1970 hatte dieser Anteil reichlich ein Fünftel, 1960 erst ein Zehntel ausgemacht.

Auf wirtschaftlich Unselbständige, d. h. Arbeitnehmer und Rentner, entfiel in der Berichtszeit jeweils etwa die Hälfte der gesamten Vermögenseinkünfte.

Vermögenseinkünfte als Teil der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte  
in Mrd. DM

Jahr	Verfügbares Einkommen <sup>1)</sup>	darunter: Vermögenseinkünfte		Nachrichtlich: Anteil der Vermögenseinkünfte <sup>2)</sup> am verfügbaren Einkommen in vH
		vor	nach	
		Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden		
1960	190,3	5,1	4,2	2,2
1965	296,7	11,5	10,1	3,4
1970	430,0	26,6	23,4	5,4
1971	479,1	29,2	25,6	5,3
1972	532,5	32,0	27,8	5,2
1973	579,9	38,7	32,8	5,7
1974	630,3	44,5	37,5	5,9
1975	688,7	46,6	39,9	5,8

<sup>1)</sup> In der Abgrenzung der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des DIW. — <sup>2)</sup> Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.  
Quelle: Berechnungen des DIW.

## Löhne und Gehälter in Berlin (West)

### Ein interregionaler Vergleich für das Jahr 1974

Im Auftrage des Senators für Arbeit und Soziales, Berlin, ermittelt das DIW regelmäßig die relative Einkommensposition der Arbeitnehmer in Berlin (West). Dieser Bericht enthält die wichtigsten Ergebnisse für das Jahr 1974<sup>1</sup>. Vergleichsgebiete sind wiederum die gesamte Bundesrepublik<sup>2</sup> und Hamburg. Die Analyse beschränkt sich auf eine Betrachtung der Bruttoeinkommen, also der Einkommen vor Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitnehmer. Die Berliner Arbeitnehmerzulage (§ 28 BerlinFG) sowie die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung bleiben – wie bisher – außerhalb der Betrachtung.

#### Kräftige Zunahme der Einkommen im Jahre 1974

Trotz einer im Jahre 1974 stark abgeschwächten Wirtschaftsaktivität haben die durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienste in den drei Vergleichsregionen kräftig zugenommen. Diese Einkünfte stiegen in Berlin (West) um 12,9 vH, d. h. um 1,1 vH-Punkte schneller als im gesamten Bundesgebiet und um 0,3 vH-Punkte stärker als in Hamburg.

Im Monatsdurchschnitt des Jahres 1974 verdiente ein Arbeitnehmer in Berlin (West) 1 763 DM. Damit lag das Durchschnittseinkommen in der Stadt um 0,8 vH über dem Verdienstniveau im gesamten Bundesgebiet; gemessen an Hamburg errechnet sich ein Rückstand von 9,5 vH<sup>3</sup>.

Die zwischen den regionalen Durchschnittseinkommen bestehenden Differenzen sind im wesentlichen Folge zweier Einflußgruppen: Sie sind einmal bedingt durch unterschiedliche Entlohnung gleicher Arbeitsleistung, zum anderen durch differierende Arbeitnehmerstrukturen. Damit das Ausmaß unterschiedlicher Bezahlung gleicher Arbeitsleistung bestimmt werden

kann, müßten grundsätzlich alle Struktureinflüsse eliminiert werden. Die Praxis der Strukturbereinigung muß sich indes auf einige wenige statistisch faßbare – aber wohl auch dominierende – Komponenten struktureller Divergenzen beschränken. In drei aufeinander aufbauenden Schritten wurden daher die Einflüsse regionaler Unterschiede in der beruflichen Stellung der Arbeitnehmer, ihrem Geschlecht sowie in ihrer Verteilung auf die Wirtschaftszweige ausgeschaltet.

Bei einer Bereinigung der interregionalen Einkommensdifferenzen um den Einfluß der unterschiedlichen Höhe der Arbeiter-/Angestelltenquoten wird aus dem Vorsprung in Berlin (West) gegenüber dem gesamten Bundesgebiet von 0,8 vH ein Rückstand von rund 0,5 vH. Im Vergleich zu Hamburg zeigt sich jedoch ein verbessertes Bild: Der Einkommensrückstand von 9,5 vH reduziert sich auf rund 8 vH. Die zusätzliche Eliminierung des Effektes regional differierender Frauenbeschäftigung hingegen verbessert jeweils die Einkommensrelation von Berlin: Sie ergibt gegenüber der Bundesrepublik Deutschland einen Vorsprung von rund 3 vH; im Vergleich zu Hamburg

<sup>1</sup> Für 1973 vgl. Kurt Hornschild: Die Arbeitnehmereinkommen in Berlin (West) im interregionalen Vergleich – Eine Analyse für das Jahr 1973. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 2/1975. (Gutachten, erstattet im Auftrag des Senators für Arbeit und Soziales, Berlin.)

<sup>2</sup> Hier und im folgenden einschließlich Berlin (West).

<sup>3</sup> Gegenüber den bisherigen Untersuchungen wird jetzt das Einkommensniveau in Berlin (West) niedriger ausgewiesen. Dies ist auf die vom Statistischen Landesamt im Rahmen der Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgenommene kräftige Reduzierung der Einkommen im Bereich „Sonstige Dienste“ zurückzuführen. Das Sozialprodukt wurde dabei für die Jahre von 1960 an neu berechnet.

Monatliches Bruttodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer 1970 bis 1975!  
in Berlin (West), der Bundesrepublik<sup>2</sup>) und Hamburg

Bruttodurchschnittseinkommen je Arbeitnehmer	DM						Berlin (West) in vH des Vergleichgebietes					
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1970	1971	1972	1973	1974	1975
<b>Gesamtwirtschaft</b>												
Berlin (West) .....	1 116	1 260	1 389	1 562	1 763	1 839 <sup>3</sup> )	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Bundesrepublik <sup>2</sup> ) .....	1 148	1 283	1 398	1 565	1 749	1 806 <sup>3</sup> )	97,2	98,2	99,4	99,8	100,8	101,8
Hamburg .....	1 255	1 412	1 556	1 730	1 947	.	88,9	89,2	89,3	90,3	90,6	.
<b>Verarbeitende Industrie</b>												
Berlin (West) .....	1 158	1 300	1 441	1 622	1 828	2 004	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Bundesrepublik <sup>2</sup> ) .....	1 221	1 352	1 480	1 658	1 864	1 999	94,8	96,2	97,4	97,8	98,1	100,3
Hamburg .....	1 382	1 553	1 707	1 923	2 168	2 361	83,8	83,7	84,4	84,4	84,3	84,9

1) Für 1975 vorläufige Ergebnisse. — 2) Einschließlich Berlin (West). — 3) Durchschnittseinkommen errechnet aus den Ergebnissen der ersten drei Quartale.  
Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Statistisches Landesamt Hamburg.

**Monatliches Bruttodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer  
im Jahre 1974 in Berlin (West), der Bundesrepublik Deutschland und Hamburg**

Wirtschaftsbereich	Betrag in DM			Berlin (West) in vH					
	Berlin (West)	Bund	Hamburg	des Bundes			von Hamburg		
				unbe- reinigt	strukturbereinigt <sup>1)</sup>		unbe- reinigt	strukturbereinigt <sup>1)</sup>	
					Unter- grenze	Ober- grenze		Unter- grenze	Ober- grenze
<b>Produzierender Bereich</b>									
Land- und Forstwirtschaft	1 482	1 084	1 490	137	142	144	99	109	110
Energie und Bergbau . . . .	2 230	2 115	2 083	105	101	104	107	108	108
Verarbeitendes Gewerbe . .	1 781	1 773	2 071	100	103	103	86	92	92
Baugewerbe . . . . .	2 157	1 806	2 451	119	120	120	88	89	89
<b>Verteilender Bereich</b>									
Handel . . . . .	1 286	1 374	1 626	94	95	97	79	82	84
Verkehr . . . . .	1 931	1 842	2 021	105	107	107	96	97	97
<b>Dienstleistungsbereich</b>									
Banken u. Versicherungen .	1 900	1 751	2 065	109	108	108	92	91	92
Sonstige private Dienste . .	1 171	1 213	1 412	97	92	92	83	86	87
Öffentliche Dienste . . . . .	2 217	2 274	2 388	97	101	101	93	94	94
<b>Alle Wirtschaftsbereiche</b>	<b>1 763</b>	<b>1 749</b>	<b>1 947</b>	<b>101</b>	<b>102</b>	<b>103</b>	<b>91</b>	<b>91</b>	<b>91</b>

<sup>1)</sup> Bereinigung nach den Merkmalen Stellung im Beruf, Geschlecht und — für die Gesamtwirtschaft — Wirtschaftsbereiche.  
 Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Landesamt Hamburg; Berechnungen des DIW.

reduziert sich der Rückstand weiter auf 5,5 vH. Bei Einbeziehung auch der dritten Strukturgröße — der Wirtschaftsbereichsstruktur — beträgt der Vorsprung gegenüber dem Bundesdurchschnitt 2 bis 3 vH<sup>4</sup>. Gemessen an Hamburg erhöht sich der Rückstand wieder auf annähernd 9 vH.

Zusammenfassend läßt sich der Einfluß der drei untersuchten Strukturmerkmale auf das Durchschnittseinkommen in Berlin (West) folgendermaßen charakterisieren:

Die hohe Angestelltenquote in Berlin (West) — Angestellte verdienen im Durchschnitt mehr als Arbeiter — wirkt sich nur im Vergleich zur Bundesrepublik insgesamt günstig aus, nicht aber gegenüber Hamburg. Dort liegt die Angestelltenquote noch über derjenigen in Berlin (West). Eine Bereinigung um das Strukturmerkmal Stellung im Beruf läßt folglich die Einkommensposition gegenüber Westdeutschland schlechter, im Vergleich zu Hamburg besser erscheinen.

Der relativ hohe Anteil der — durchschnittlich weniger als Männer verdienenden — Frauen an der Zahl der Arbeitnehmer in Berlin (West) führt zu einem geringeren Durchschnittseinkommen. Die Strukturbereinigung ergibt demnach ein für Berlin (West) besseres Ergebnis.

Die im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet und Hamburg günstige Verteilung der Arbeitnehmer auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche — Bereiche mit überdurchschnittlichen Verdiensten sind in Berlin (West) stärker besetzt — wirkt sich positiv auf das Berliner Einkommensniveau aus.

Eine Ausschaltung dieses Struktureffektes verschlechtert infolgedessen das Bild von der Berliner Einkommenssituation.

Die sektorspezifische Betrachtung zeigt, daß die Einkommensrelationen — unbereinigt — von Bereich zu Bereich deutlich divergieren. Unter Bundesniveau lagen in Berlin (West) die durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienste lediglich in den Sektoren Handel, sonstige Dienste und Staat. Im Vergleich zu Hamburg war indes für Berlin nur im Bereich Energie ein höheres Durchschnittseinkommen zu verzeichnen. Bei einer Ausschaltung der beiden Strukturkomponenten Geschlecht und Stellung im Beruf zeigt sich in fast allen Bereichen gegenüber den Vergleichsregionen ein für Berlin (West) besseres Ergebnis.

**Industrie: Einkommensverbesserung nur gegenüber dem Bundesgebiet**

Die Berliner Industrieverdienste je Beschäftigten nahmen 1974 mit 12,7 vH geringfügig schneller zu als die entsprechenden Einkommen im Bundesgebiet (12,4 vH); mit Hamburg war Einkommensgleichschritt zu verzeichnen. Die Zunahme der durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen ist im Rezessionsjahr 1974 stärker als in den vorangegangenen Jahren von strukturellen Veränderungen beeinflusst worden. Ein konjunkturbedingter Abbau der Beschäftigtenzahl war zwar in allen Vergleichsgebieten zu beobachten;

<sup>4</sup> Der Unschärfbereich entsteht in der Strukturbereinigung durch den joint-effect als methodisch bedingte Restgröße. Vgl. Burkhard Dreher: Zum Problem der Strukturbereinigung im interregionalen Vergleich. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 3/1972, S. 214 ff.

Monatliches Bruttodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in der verarbeitenden Industrie im Jahre 1974 in Berlin (West), der Bundesrepublik Deutschland und Hamburg

Industriegruppe-Zweig	Betrag in DM			Berlin (West) in vH					
	Berlin (West)	Bund	Hamburg	unbereinigt	des Bundes		unbereinigt	von Hamburg	
					strukturbereinigt <sup>1)</sup>			strukturbereinigt <sup>1)</sup>	
					Unter- grenze	Ober- grenze		Unter- grenze	Ober- grenze
<b>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie</b>									
Steine und Erden .....	2 105	1 987	2 321	106	102	103	91	82	88
Eisen, NE-Metalle <sup>2)</sup> .....	1 910	2 028	2 242	94	98	98	85	91	92
Chemie .....	<sup>3)</sup> 2 095	2 293	2 270	91	94	96	92	97	98
Sägewerke u. Holzbearb. . .	2 099	1 643	1 760	128	125	126	119	110	113
Gummi und Asbest .....	1 544	1 803	1 890	86	87	89	82	83	84
<b>Investitionsgüterindustrie</b>									
Stahl- u. Leichtmetallbau .	2 166	2 116	2 296	102	103	103	94	95	95
Maschinenbau <sup>4)</sup> .....	2 028	2 014	2 183	101	102	102	93	95	96
Straßenfahrzeugbau .....	1 857	2 070	1 897	90	91	91	98	99	99
Elektrotechnik .....	1 802	1 810	2 094	100	102	102	86	98	99
Feinmechanik und Optik . .	1 921	1 673	1 772	115	112	113	108	111	111
Stahlverformung und EBM-Waren .....	1 736	1 691	1 837	103	105	106	95	96	97
<b>Verbrauchsgüterindustrie</b>									
Feinkeramik .....	1 703	1 567	.	109	106	107	.	.	.
Glas .....	1 561	1 788	.	87	91	91	.	.	.
Holzverarbeitung .....	1 946	1 693	1 548	115	114	114	126	120	122
Musikinstr. u. Spielwaren .	1 583	1 403	.	113	110	111	.	.	.
Papier- u. Pappeverarb. . .	<sup>5)</sup> 1 509	1 603	1 750	94	95	96	86	89	89
Druck .....	1 907	1 909	2 165	100	100	100	88	88	88
Kunststoffverarbeitung . .	1 583	1 610	1 824	98	103	103	87	91	91
Lederverarbeitung .....	1 261	1 257	.	100	93	95	.	.	.
Textil .....	1 442	1 450	1 535	99	99	100	94	95	95
Bekleidung .....	1 338	1 153	1 352	116	109	110	99	101	101
<b>Nahrungs- u. Genußmittel</b>									
Ernährung .....	1 670	1 760	1 854	95	97	98	90	94	95
Tabak .....	1 872	1 731	.	108	113	114	.	.	.
<b>Verarbeitende Industrie insgesamt</b>	1 828	1 864	2 168	98	97	98	84	92	97

<sup>1)</sup> Bereinigt nach den Strukturmerkmalen Geschlecht und Stellung im Beruf der Arbeitnehmer; für die verarbeitende Industrie insgesamt zusätzlich nach Industriegruppen/-zweigen. — <sup>2)</sup> Eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei, Ziehereien und Kaltwalzwerke, NE-Metallindustrie, NE-Metallgießerei. — <sup>3)</sup> Einschließlich Mineralölverarbeitung. — <sup>4)</sup> Einschließlich Büromaschinenbau. — <sup>5)</sup> Einschließlich Papiererzeugung.  
 Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Statistisches Landesamt Hamburg; Berechnungen des DIW.

er war in Berlin (West) indes am deutlichsten ausgeprägt. Hier waren 1974 in der verarbeitenden Industrie 4,5 vH weniger Arbeitnehmer beschäftigt als im Jahr davor; in Hamburg und im gesamten Bundesgebiet betrug der Rückgang nur 3,3 bzw. 2,7 vH. Dabei wurden insbesondere Arbeitnehmer mit verhältnismäßig geringer Qualifikation entlassen. Die Zahl der Arbeiter ging insgesamt wesentlich stärker zurück als die der Angestellten.

Die Verschiebung in der Beschäftigtenstruktur zugunsten der mehr verdienenden Angestellten führte zu einem strukturbedingten Einkommensanstieg bei den Arbeitnehmern. Um die Veränderung zu verdeutlichen, wurden die jeweiligen Einkommen 1974 mit der Beschäftigtenstruktur 1973 gewichtet. Als Ergebnis dieser intertemporären Strukturbereinigung ergibt sich in Berlin statt eines Zuwachses von 12,7 vH ein fiktiver Anstieg der Arbeitnehmereinkommen von 12 vH; für das Bundesgebiet und Hamburg errechnen sich statt 12,4 bzw. 12,7 vH Raten von 12 bzw. 12,5 vH.

Im Jahr 1974 betrug das monatliche Bruttoeinkommen in der verarbeitenden Industrie je Arbeitnehmer

in Berlin (West) 1 830 DM, in der Bundesrepublik 1 865 DM und in Hamburg 2 170 DM. Der Rückstand zur Bundesrepublik und zu Hamburg war mit 2 bzw. 16 vH fast ebenso groß wie 1973. Unterschiedlich ist dabei die Einkommensrelation für Arbeiter und Angestellte.

In Berlin (West) verdiente ein Angestellter im Monatsdurchschnitt in der verarbeitenden Industrie mit 2 468 DM ebensoviel wie im Bundesgebiet; der Rückstand zu Hamburg (2 631 DM) betrug 6 vH. Ungünstiger ist die Einkommenssituation der Arbeiter in der Stadt. Mit einem durchschnittlichen Monatslohn von 1 567 DM machen der Abstand zum Bundesgebiet (1 634 DM) 4 vH und zu Hamburg (1 875 DM) sogar 16 vH aus.

Weiteren Aufschluß über die unterschiedlichen Verdienstniveaus bietet ein Vergleich von Stundenlöhnen; hier werden diejenigen Verdienstdifferenzen eliminiert, die aus unterschiedlichen Arbeitszeiten resultieren. Nach dieser Rechnung ergibt sich gegenüber den Monatslöhnen eine für Berlin (West) deutlich bessere Einkommenssituation. Der Stundenlohn eines Arbeiters betrug 1974 in Berlin (West) 11,11

DM; er war damit um 1 vH höher als im gesamten Bundesgebiet (10,99 DM) und um 11 vH geringer als in Hamburg (12,46).

#### **1975: Weitere Verbesserung der Berliner Einkommensposition**

Nach den vorliegenden Daten für die ersten neun Monate des Jahres 1975 haben die durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienste in Berlin (West) mit 8,3 vH um 1 vH-Punkt schneller zugenommen als im gesamten Bundesgebiet; für Hamburg stehen die Vergleichsdaten noch nicht zur Verfügung. In der verarbeitenden Industrie — hier konnte bereits auf statistische Informationen für das gesamte Jahr zurückgegriffen werden — sind die Einkommen in Berlin (West) mit 9,5 vH gleichfalls rascher gestiegen als im gesamten Bundesgebiet (7,5 vH), aber auch etwas stärker als in Hamburg (9 vH).

Erstmals seit sechs Jahren blieben damit die Wachstumsraten der durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienste wieder unter 10 vH. Gleichzeitig hat jedoch die Kaufkraft nochmals kräftig zugenommen. Die im Rahmen der Steuerreform beschlossenen Erleichterungen dürften aufgrund des einheitlichen Steuersystems in beiden Vergleichsregionen zu etwa gleichen Entlastungen geführt haben. Da aber mit einer in Berlin (West) schnelleren Einkommens-expansion ein langsamerer Anstieg der Verbraucherpreise einherging — der Preisindex der Lebenshaltung eines 4-Personenhaushalts erhöhte sich in der Stadt um 5,5 vH, in der Bundesrepublik dagegen um 6,1 vH —, nahm die Kaufkraft je Arbeitnehmer im interregionalen Vergleich hier stärker zu, als es in der Relation der Einkommensentwicklungen zum Ausdruck kommt.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW

### Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5. Seit 1975 sind erschienen:

- Nr. 103 **Leistungsstruktur der Bauwirtschaft und Perspektiven der Baunachfrage in West-Berlin.** Von H. Droege und P. Ring. 164 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 104 **Bedeutung und Möglichkeiten des Ost-West-Handels mit Energierohstoffen.** Von J. Bethkenhagen. 302 S. 1975. DM 76,—.
- Nr. 105 **Prognose des regionalen Angebots an Arbeitsplätzen.** Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Von H. Birg unter Mitarbeit von E. Jöhrens und W. Kirner. 96 S. 1975. DM 36,—.
- Nr. 106 **Inflations- und Strukturwirkungen von Verteilungs- und Verwendungskonflikten in den vier großen EG-Ländern.** Von M. Teschner. 162 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 107 **Verteilung von Entwicklungshilfe nach Empfängerländern: Probleme der Formulierung operationaler entwicklungsbezogener Strategien.** Von Hans J. Petersen. 131 S. 1975. DM 48,60.
- Nr. 108 **Die Entwicklung des Lebensstandards in den osteuropäischen Ländern.** Von M. E. Ruban, M. Lodahl, H. Machowski, H. Vortmann. 176 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von B. Bartholmai. 125 S. 1975. DM 38,60.
- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 96 S. 1975. DM 26,60.
- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland - Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.

Im Druck:

- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing.

### Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit Mitte 1974 sind erschienen:

- Heft 31 **Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975.** Von G. Göseke und K.-D. Bedau, EDV-Programmierung: H. Klatt. 212 S. 1974. DM 68,80.
- Heft 32 **Zum Verbund von Lernorten in der Berufsausbildung.** — Organisatorische, rechtliche und finanzielle Fragen der Verbindung von Oberstufenzentren mit Ausbildungsstätten in Berlin (West). Von W. Jeschek und W. Fritz. 98 S. 1974. DM 39,60.
- Heft 33 **Der Energiemarkt in Bayern bis zum Jahre 1990 unter Berücksichtigung der Entwicklungstendenzen auf dem Weltenergiemarkt und dem Energiemarkt der Bundesrepublik Deutschland.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 293 S. 1974. DM 118,—.
- Heft 34 **Berufsfeldplanung für die Sekundarstufe II. — Die Entwicklung der Berufsfeld- und Ausbildungsstrukturen für die Absolventen und Abgänger der Sekundarstufe II in Berlin (West) bis zum Jahre 1982.** Von K.-P. Gaulke und G. Weißhuhn unter Mitarbeit von M. Kohues. 128 S. 1975. DM 49,80.
- Heft 35 **Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990.** Von H. Birg. 300 S. 1975. DM 98,—.
- Heft 36 **Die Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern von 1960 bis 1972.** Von N. Engler. 66 S. 1975. DM 22,60.
- Heft 37 **Wertschöpfungspräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz.** Ergebnisse einer ersten Erfolgskontrolle. Von P. Ring. 88 S. 1975. DM 36,60.
- Heft 38 **Input-Output-Rechnung für die Bundesrepublik Deutschland 1972.** Von R. Pischner, R. Stäglin und H. Wessels. 149 S. 1975. DM 58,—.

Im Druck:

- Heft 39 **Wettbewerbsrelationen im Außenhandel westlicher Industrieländer 1959 bis 1973.** Von K. Henkner.
- Heft 40 **Berufswunsch und Berufswahl.** Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Von K.-P. Gaulke.

Zu beziehen durch den Verlag Duncker & Humblot

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5  
Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich  
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Die Vermögenseinkünfte der privaten Haushalte 1970 bis 1975* bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau. —  
*Löhne und Gehälter in Berlin (West)* bearbeitet von Kurt Hornschild.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Bürotechnik Berlin, 1 Berlin 38, Muskauer Str. 43.  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.